

# Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben  
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands  
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.  
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

Fernsprecher N 8538.  
Redaktionschluß Montags  
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-  
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 15

Cöln, den 19. Juli 1913.

I. Jahrgang.

## Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912.

I.

In dem Maße, welches das Wirtschaftsjahr 1912 bot, sind mit Recht eine Anzahl Blige von auffallender Gegenfälligkeit hervorgehoben worden. Nach der Seite der Produktion hat es, wie die Berliner Handelskammer in ihrem Jahresbericht hervorhob, die drei vorangehenden Jahre, die bereits einen stetigen Fortschritt aufgewiesen hatten, auf den meisten Gebieten überholt:

„Sieht man von dem Baugewerbe und den mit ihm in näherer Verbindung stehenden Branchen ab, so darf man sagen, daß die Aufwärtsbewegung, die sich im Jahre 1912 vollzog, eine allgemeine war, und daß, wenn trotzdem einzelne Betriebe von dem Aufschwung unberührt blieben, dies auf besondere Umstände zurückzuführen ist, die für das Gesamturteil nicht in Betracht kommen.“

Ein Jahr der Hochkonjunktur für alle Zweige der Volkswirtschaft war 1912 nicht. Die vielen und starken Spannungen internationaler Art (Tripolis-Krieg Italiens, Balkankrieg, teilweise Mobilmachung in Rußland und Oesterreich) führten zu wiederholten, sehr empfindlichen Störungen des Geldmarktes und im Zusammenhang mit beiden Erscheinungen zu Absatzstörungen, Zurückstellen von Aufträgen und Krediterschwerungen. Darunter hatten, neben dem Baugewerbe, verschiedene Zweige der Fertigwarenindustrie zu leiden. So kam es, daß der Arbeitsmarkt durchaus keinen gleichmäßig günstigeren Stand als das Vorjahr aufwies; im Gegenteil, in den meisten Monaten war das Angebot an Arbeitskräften, wenn auch nicht wesentlich, größer als im Vorjahre. Die Lohnkurve vermochte sich denn auch nicht besonders stark zu heben, was umso unangenehmer empfunden werden mußte, als die Preise der wichtigsten Lebensmittel sich hartnäckig auf ihrem hohen Stande hielten.

Diese Vorgänge sind natürlich an der Gewerkschaftsbewegung nicht spurlos vorbeigegangen; sie machten sich vielmehr in der Mitgliederbewegung hemmend bemerkbar. Der gewerkschaftliche Vormarsch auf dem Gebiete der Mitgliederentwicklung war allgemein 1912 ein langsamerer als in den beiden vorausgegangenen Jahren. Zu diesen nicht sehr günstigen allgemeinen Merkmalen traten für die christlichen Gewerkschaften noch besondere Umstände, die sich ihrer Vorwärtsentwicklung hindernd in den Weg stellten. Wir nennen: Reichstagswahl, Ruhrbergarbeiterstreik, Gewerkschaftsstreit.

Der Anfang 1912 getätigten Reichstagswahl ist eine mehrjährige, heftige und laute Agitation vorausgegangen. Die bürgerlichen Parteien haben sich dabei in einer Weise gegenseitig zerfleischt, wie das bei früheren Wahlkämpfen fast nie

zu verzeichnen war. Das Ergebnis des Kampfes war denn auch, daß fast der gesamte Zuwachs an Stimmen seit der Reichstagswahl von 1907 in 1912 der Sozialdemokratie zugefallen ist. Diese hat dann den Wahlausgang entsprechend gefeiert und agitatorisch auszunützen versucht. Daß eine Situation, bei der durch politische Vorgänge der Sozialdemokratie die Häfen in die Küche gejagt wurden, der nichtsozialdemokratischen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung nicht sehr günstig ist, ist selbstverständlich. Zu diesem Siegestaumel auf der einen und der allgemeinen Verärgerung auf der andern Seite war es Aufgabe der christlichen Gewerkschaften, innerhalb der nichtsozialdemokratischen Arbeiterbewegung der gewerkschaftlichen Wirklichkeit wieder einen angemessenen Platz zu verschaffen, was durch eine Anzahl Konferenzen und Versammlungen bewerkstelligt wurde.

Der Reichstagswahlkampf war kaum vorüber und es begann der Ruhrbergarbeiterstreik. Dieser und die soeben beendete Krefelder Färberbewegung lassen die Gewissenhaftigkeit sozialdemokratischer Führer und die sozialdemokratische Streikstrategie in keinem vorteilhaften Lichte erscheinen. Der rheinisch-westfälische Kohlenbergbau zählt zu den kapitalkräftigsten Industrien Deutschlands. Mit gelegentlichen Streiks von vierzehntägiger oder von dreiwöchiger Dauer sind die Kohlenmagnaten an der Ruhr nicht zu Zugeständnissen an die Arbeiter zu bewegen. Mit dem Kassenbestande von wenig Millionen Mark, über die sämtliche Bergarbeiterorganisationen Anfang 1912 verfügten, kann bei einer Belegschaft von 360 000 Mann im Ruhrrevier kein Streik mit größeren Erfolgssichten begonnen werden. Der Ruhrbergarbeiterstreik war denn auch verpfuscht, bevor er proklamiert war. Er wuchs sich auf Betreiben des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes zu einem Kampfe von Arbeitern gegen Arbeitern aus, in einer Industrie, in die Unternehmer es am allerwenigsten verdienen, solche Schauspiele aufgeführt zu bekommen. Nachdem die Voraussetzungen zu einem erfolgreich durchzuführenden Streik fehlten, war es Pflicht jeder gewissenhaften Organisationsleitung, alle anderen Möglichkeiten auszunützen, um für die Bergarbeiter herauszuholen, was möglich war. Und nach dieser Richtung hin muß festgehalten werden: Noch nie war die Situation, für die Ruhrbergleute ohne Streik Lohnbewegungen durchzusetzen, günstiger als im Frühjahr 1912. Die Löhne im Ruhrbergbau standen Ende 1911 tiefer als in 1907; die englischen und belgischen Bergarbeiter befanden sich im Auslande; das Kohlen Syndikat hatte zum 1. April 1912 eine Preiserhöhung beschlossen. Dazu kam noch der Umstand, daß in den Monaten März und April die beiden Parlamente (Reichstag und preußisches Abgeordnetenhaus) versammelt

waren und die Reichsregierung sich bereits zu Vermittlungen erbötig gemacht hatte. So hätte 1912 genau wie bei den Kämpfen um den Zwangsarbeitsnachweis und das Knappschaffstatut, bei denen beachtenswerte Teilerfolge erzielt wurden, sich ohne Streik manches durchsetzen lassen. Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband hatte es anders beschlossen. Für sein Verhalten gibt es nur drei Möglichkeiten: Der Streik wurde inszeniert entweder aus politischer Verärgerung über die sozialdemokratischen Niederlagen bei der Reichstagswahl in Bochum und Duisburg, oder es bestanden seitens des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes feste Verabredungen mit den englischen Bergarbeitern, oder aber man glaubte, durch einen Streich den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter aufreiben zu können. Das letztere ist freilich nicht gelungen. Ob man sich im sozialdemokratischen Lager dazu bequemen wird, aus solchen Geschehnissen etwas zu lernen? Ueberall, wo man in den letzten Jahren sozialdemokratischerseits glaubte, über den Kopf der christl. Gewerkschaften hinaus u. gegen deren Einverständnis Streiks inszenieren zu sollen, ist man elendiglich hereingefallen: Beim Kölner Holzarbeiterstreik, bei der Arefelder Färber und der Emdener Hafnarbeiterbewegung. Die christlichen Gewerkschaftler und ihre Führer sind keine verweichlichten, entnervten Zammermenschen, die in entscheidenden Situationen, ähnlich wie ein schwankendes Rohr, sich hin- und hertreiben lassen. Diesen Umstand werden zweckmäßig die sozialdemokratischen Gewerkschaften bei ihren künftigen Kalkulationen, insbesondere bei Kämpfen, die offensichtlich und in erster Linie gegen die christlichen Gewerkschaften selbst gerichtet sind, mit in Rechnung legen müssen. Die christlichen Gewerkschaften werden sich auch in Zukunft ihrer Haut zu wehren wissen, selbst wenn dadurch und durch das Geschrei der sozialdemokratischen Presse in den Kreisen der unaufgeklärten, unorganisierten Arbeiter vorübergehend die Agitation etwas erschwert werden sollte. Ob die christlichen Gewerkschaften in einem Jahre 10 000 oder 20 000 Mitglieder mehr oder weniger zählen, ist für deren Zukunft nicht in dem Maße entscheidend wie die Tatsache, daß sie sich nicht wider ihre Ueberzeugung zum Spielball einer skrupellosen sozialdemokratischen Streiktaktik gebrauchen lassen dürfen.

Weiter war das ganze Berichtsjahr ausgefüllt mit dem Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager. In der zweiten Hälfte von 1911 und in der ersten Hälfte von 1912 löste, meist in ausländischen Blättern, eine Notiz die andere ab in der Ankündigung, daß ein päpstliches Verbot der christlichen Gewerkschaften bevorstehe. Die sozialdemokratische und geistesverwandte Presse Deutschlands griff diese Nachrichten der Auslandspresse immer gierig auf und verfolgte dabei einen doppelten Zweck: einmal sollten die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in ständige Unruhe versetzt, und dann das Mißtrauen im evangelischen Volksteil gegen die christlichen Gewerkschaften wachgehalten und womöglich verstärkt werden. Ende Mai wurden dann die bekannten Pfingsttelegramme an die Tagungen des Kartellverbandes der katholischen Arbeitervereine in Frankfurt und des „Berliner“ Arbeitervereinsverbandes in Berlin bekannt, die mehrere Wochen lang in der gesamten Tagespresse ausgiebig besprochen wurden, bis endlich im November die päpstliche Enzyklika erschien und auf dem außerordentlichen Essener Gewerkschaftskongreß der Streit zu einem bestimmten äußeren Abschluß gelangte. In neuerer Zeit wollen wieder einige Zeitungen wissen, daß eine neue Enzyklika gegen die christlichen Gewerkschaften vorbereitet werde, die sich auf den Streik beziehe, und diesen unterbinden wolle. Die christlichen Gewerkschaften haben sich an diesen neueren Erörterungen nicht beteiligt, einmal, weil sie ihnen überhaupt

kein Gewicht beilegen, dann aber auch, weil die Frage des Streiks keinesfalls speziell oder nur die christlichen Gewerkschaften in Deutschland berührt. Der Streik ist keine spezifisch deutsche Erscheinung. Die katholischen Arbeiter in England und Amerika, die den dortigen allgemeinen Trade Unions angeschlossen sind, haben sich schon seit vielen Jahrzehnten an Streiks beteiligt, also viel früher, als es in Deutschland besondere christliche Gewerkschaften gab. Und auch in Deutschland sind es nicht bloß die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, welche den Streik unter den heutigen Verhältnissen für unentbehrlich halten, sondern auch Tausende von katholischen Arbeitern in anderen Organisationen. Daß Aussperrungen von seiten der Arbeitgeberverbände zum mindesten nicht günstiger zu beurteilen sind, als der Streik der Arbeiter, dürfte ebenfalls ohne weiteres klar sein, wie es auch jedem Gewerkschaftler genügend bekannt ist, daß selbst Arbeitgeber im Streik ein unter Umständen unentbehrliches Mittel zur Durchsetzung der Tarifgemeinschaft erblicken. Das alles sagt uns, daß wir es hier nicht mit einer Frage zu tun haben, die speziell und lediglich die christlichen Gewerkschaften angeht. Diese haben also auch nicht den geringsten Grund, um die diesbezüglichen Mitteilungen einer sensationslüsternen Presse und gewisser Korrespondenzen sich mehr zu kümmern wie andere einschlägige Organisationen. Was nach der grundsätzlichen Seite des Gewerkschaftsstreites zu sagen war, ist im letzten Jahre mit hinreichender Klarheit und Offenheit gesagt worden.

Die Kämpfe, die die christlichen Gewerkschaften im verfloßenen Jahre nach den verschiedensten Richtungen hin auszutragen hatten, wurden seitens der gelben Gewerkschaften systematisch benutzt, um sich an den verschiedensten Stellen in empfehlende Erinnerung zu bringen. Eine bezeichnende Erscheinung ist dabei zutage getreten: während man im sozialdemokratischen Lager, insbesondere aus Anlaß des Ruhrbergarbeiterstreiks, sich krampfhaft bemühte, die christlichen Gewerkschaften mit den Gelben auf eine Stufe zu stellen, suchten die Gelben auf der anderen Seite den Nachweis zu führen, daß zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften ein Wesensunterschied nicht bestehe. Demnach müßten die christlichen Gewerkschaften „gelb“ und „sozialdemokratisch“ zu gleicher Zeit sein! Solche agitatorischen Stilübungen registriert man nur. An der Ausbreitung der gelben Gewerkschaften wurde im verfloßenen Jahre insbesondere im rheinisch-westfälischen Industrieregion mit Nachdruck gearbeitet. Wo man mit sachlichen Gründen die Errichtung gelber Gewerkschaften nicht durchsetzen konnte, suchte man mit kapitalistischem Terror nachzuhelfen. Diesen haben insbesondere eine Anzahl evangelischer Geistlicher und Vorstände von evangelischen Jünglings- und Arbeitervereinen zu fühlen bekommen. Mit Zuwendungen für charitative und sonstige Zwecke, womit die Großindustrie im allgemeinen nicht geizt, sollte an verschiedenen Stellen den Gelben Eingang verschafft werden. Wo man diesem Ansinnen nicht stattgab, wurde mit dem Höherhängen des Brotkorbes gedroht. Mit diesem brutalen Vorgehen hat man an mehreren Stellen das Entgegengesetzte des Erstrebten erreicht. Die Führer der Gelben sind nicht bloß in den Reihen der Großindustrie zu suchen; sie sitzen auch in den Reihen der Regierungsbureaufratie. Auf dem Dresdener Kongreß der christlichen Gewerkschaften wurde ein Geheimverlaß des Düsseldorf-er Regierungspräsidenten bekannt, der zur Förderung der gelben Gewerkschaften aufforderte. In der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, daß auch in manchen preußischen Ministerien man die Ausbreitung der gelben Werkvereine mit großer Sympathie begleitet. Es gibt Kreise, die auf die Worte „national“ und „wirtschaftsfriedlich“ blind herein-

fallen, ohne sich zu bemühen, in das Wesen der Arbeiterbewegung unserer Tage einzudringen. Eine eigentliche gelbe Werkvereinsbewegung mit dauerndem Bestande und mit größerer volkswirtschaftlicher und nationaler Bedeutung wird sich in Deutschland indes ebensowenig durchsetzen und erhalten, wie solche Gewächse in Frankreich, England und Amerika sich zu behaupten vermochten. Mit Schlagworten und Unternehmernkapital läßt sich keine Arbeiterbewegung von Bestand aufpäppeln und den Kämpfen des Alltags gegenüber widerstandsfähig ausgestalten. Auf die Dauer brechen diese gelben Vereine, vielleicht von einzelnen Ausnahmen abgesehen, genau so zusammen, wie sie in Lugsburg, einem ihrer ältesten Herde, wie die lektjährige Gewerbegerichtswahl bewies, jämmerlich zusammengebrochen sind und lediglich für die Sozialdemokratie Vorhofarbeit geleistet haben.

Auf manche anderen Momente, die auf einzelne Berufsorganisationen nach der Seite des Mitgliederfortschritts nicht günstig einwirkten — so auf die Betragserhöhungen einiger größerer Verbände, auf die endlich bis zur Aufteilung gediehenen Entwicklung der Verhältnisse im Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiterverband usw. — wird im besonderen Teil eingegangen.

Wie immer aber auch die Position der christlichen Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung betrachtet werden mag: sie haben ihren Platz behauptet. Sie haben keinerlei Auseinandersetzung gescheut, und stets den Dingen gerade und unerschrocken ins Auge gesehen. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften in der Öffentlichkeit wird denn auch längst nicht mehr an ihrem bloß äußern Aufschwung gemessen. Hier entscheidet die Tatsache, daß es sich um eine Bewegung handelt, die ihre wirtschaftliche und soziale, sowie ihre staatliche Notwendigkeit unter den schwierigsten Verhältnissen in der Praxis bewiesen hat, und die auch von den stärksten Gruppen der übrigen Arbeiterbewegung beachtet werden muß. Wer Einblick nehmen konnte in das innere Getriebe der Tarifentwicklung, von der wir soeben wieder einige wichtige Phasen hinter uns haben, wird es verstehen, was eine christliche Gewerkschaftsbewegung innerhalb der Arbeiterbewegung selbst bedeutet. Wer aber ihre soziale Bedeutung zu erfassen wünscht, der lasse die Fülle von geistigen und moralischen Kräfte auf sich wirken, die mit der Anteilnahme derjenigen Arbeiter, welche durch die Schule der christlichen Gewerkschaften gegangen sind, an den gesellschaftlichen und gemeinen politischen Einrichtungen ausgelöst worden sind. Das sind Werte, die ebenso unschätzbar wie unerseßlich sind. Diese Ueberzeugung ist in den langwierigen Kämpfen der letzten Jahre nicht etwa erschüttert, sondern erst recht gekräftigt und befestigt worden. Sie ist für die christlichen Gewerkschaften der stärkste Antrieb, auf der eingeschlagenen Bahn mutig und unverzagt vorwärts zu gehen, in der festen Zuversicht, daß die günstigere Gestaltung der Verhältnisse sich auch in einer günstigeren Entwicklung ihrer Bewegung kundgeben wird.

## Der gemischt-wirtschaftliche Betrieb.

In der Nummer 13 des „Straßen- und Kleinbahner“ brachten wir bereits einen Artikel über die Bestrebungen, den Regiebetrieb wieder zurückzudrängen. Nachfolgend lassen wir zu diesem Thema einen weiteren Artikel folgen, der noch weitere recht beachtenswerte Momente berücksichtigt.

Eine in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht gleich bedeutende Erscheinung zieht in den letzten Jahren mehr und mehr die Aufmerksamkeit weiter, insbesondere auch Arbeiter- und Angestelltenkreise auf sich. Noch bis vor kurzem war man sich darin einig, daß die Kommunalisierung wichtiger die Interessen der Öffentlichkeit beanspruchender Industriezweige

wirtschaftlich und sozial einen Fortschritt bedeute. Diese Ueberzeugung bewirkte, daß die Städte vor allem die Straßenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerke in eigenen Betrieb nahmen — sie teilweise zu sehr hohen Preisen aufkauften. Ueber die Berechtigung dieses Vorgehens besonders im Bereiche des Verkehrswesens herrschte nirgends Zweifel. Es ist gerade für die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt von so überragender Bedeutung, daß es nicht angezeigt erschien, den Straßenbahnbetrieb in den Händen des privaten nur nach dem Gesichtspunkte der höchsten Rente arbeitenden Kapitals zu belassen. Der Ausbau des Verkehrsnetzes kann aber in wünschenswerter Weise nur dann erfolgen, wenn noch andere Gesichtspunkte maßgebend sind. Eine Straßenbahn kann schlecht rentieren, sie ist aber doch eine unbedingte Notwendigkeit. Für viele in größerer Entfernung Wohnende — seien es Arbeiter, seien es Angestellte — ist aber eine billige und rasche Verbindung eine Existenzfrage. Der „Kleine“ Mann kann heute nicht mehr in der Stadt, in der Nähe seiner Arbeitsstelle wohnen, er zieht immer mehr an die Peripherie, wo die Wohnungspreise noch ein menschenwürdiges Wohnen ermöglichen. Auf derartige Notwendigkeiten nimmt das Privatkapital nur dann Rücksicht, wenn sie Gewinnaussichten bieten. Anders die Stadt — sie braucht aus dem Betrieb keinen Gewinn zu erzielen, es genügt, wenn sie die Unkosten incl. Abschreibungen decken kann. Ist ein Zuschuß erforderlich — nun, so wird dieser Aufwand durch soziale und wirtschaftliche Vorteile aufgewogen; zu den letzteren gehört z. B. die sehr wohl mögliche Erhöhung der Steuerfähigkeit. Wirft der Betrieb einen Gewinn ab, um so besser! Es ist noch gar nicht lange her, da hat sich die Stadt Straßburg die Aktienmehrheit der dortigen Elektrizitätsgesellschaft gesichert und damit einen maßgebenden Einfluß auf die städtische Verkehrspolitik erlangt.

Während man nun auf der einen Seite sich bemüht, vor allem das Verkehrswesen unter städtischen Einfluß zu bringen, es womöglich ganz sich zu eigen zu machen, geht ein Teil der Städte dazu über, ihren teuer erworbenen Besitz wenigstens teilweise abzustoßen. Sie gehen dabei in folgender Weise vor: Bisher kommunale Anstalten werden in eine Aktiengesellschaft verwandelt, die Stadt behält nur wenig mehr als die Hälfte der Aktien, den übrigen Teil erwirbt das private Kapital. Diesem wird zugleich auch die ganze Betriebsführung überlassen. Die Stadt verzichtet also auf ihr ausschließliches Bestimmungsrecht zu Gunsten einer Kapitalistengruppe. Im Rheinland hat diese Bewegung schon große Fortschritte gemacht. Natürlich hängt diese Tatsache mit der Entwicklung der Industrie zusammen. In den Hochofen wird nicht nur Roheisen gewonnen, die sich entwickelnden Gase. Gichtgase werden aufgefangen und in Kraft verwandelt. Mit der dadurch gewonnenen Elektrizität wird nicht nur der eigene kombinierte Betrieb aufrecht erhalten, sondern große Ueberlandzentrallen gespeist, die die Elektrizität an Städte und Private abgeben. Die in den Kokereien gewonnenen Gase werden ebenfalls den Städten zugeführt. Bei dem verhältnismäßig billigen Preis, zu dem Gas und Elektrizität abgegeben werden können, halten es diese Städte für vorteilhaft, den eigenen Betrieb aufzugeben und in der geschilderten Weise ihn zum Teil wenigstens dem Privatkapital zu überlassen. Auch in Süddeutschland, wo in der Industrie eine derartig günstige Voraussetzung nicht vorliegt, sind Kräfte am Werke, den gemischten Betrieb einzuführen. Bereits ist man an die Stadtverwaltung in Heidelberg herangetreten, um sie zur Aufgabe ihres Gaswerkes zu bewegen — allerdings ohne Erfolg; in Karlsruhe tobte ein lauter und scharfer Kampf, ob die Stadt den Eigenbe-

trieb des Elektrizitätswerkes und damit der Straßenbahn aufgeben und den gemischten Betrieb einführen sollte — auch hier wurde eine ablehnende Entscheidung getroffen. So viel mir bekannt ist, wird sich auch Freiburg in absehbarer Zeit mit der gleichen Frage zu befassen haben.

Welche Beweggründe hat nun die Stadt auf der einen, das Privatkapital auf der andern Seite, den gemischten Betrieb einzuführen? Die erstere glaubt dadurch einen wirtschaftlichen Vorteil zu erlangen — der von der Gesellschaft geleitete Betrieb werde besser rentieren. Des weiteren wird sie von der Notwendigkeit enthoben, für die teilweisen starken Kapitalbedürfnisse der städtischen Unternehmungen das Geld zu beschaffen. Gerade bei der jetzigen angespannten Lage des Geldmarktes, die ja eine Unterbringung städtischer Anleihen nur unter großen Opfern ermöglicht, spielt dieses Moment eine ausschlaggebende Rolle. Daß der privatwirtschaftliche Betrieb, der unter kaufmännischen Gesichtspunkten geleitet wird, eher die Möglichkeit einer Rentabilität bietet, bleibt unbestritten. Allerdings auch nur die Möglichkeit, denn eine Sicherheit besteht keineswegs. Das um so weniger, als es — wie wir nachher noch sehen werden — dem Privatkapital meines Erachtens gar nicht so sehr um den Gewinn daraus als um andere Vorteile zu tun ist. Der zweite Beweggrund, die Abwälzung der Geldbeschaffung auf die Aktiengesellschaft ist ebensowenig stichhaltig. Nimmt diese durch Obligationen das nötige Geld auf, so muß sie einen bedeutend höheren Zinsfuß bezahlen als die Stadt für eine etwaige Anleihe. Da die Stadt aber an der Gesellschaft stark beteiligt ist, der hohe Zins nicht ohne Wirkung auf die Rentabilität der ganzen Unternehmung bleiben kann, so ist sie verhältnismäßig noch schwerer geschädigt, als wenn sie die Anleihe selbst gegeben hätte.

Durch den Bau großer staatlicher Kraftwerke — ich erinnere nur an das geplante Murgkraftwerk, das Baden und Württemberg mit Strom versorgen soll — sieht sich das private Kapital vor der Ausschaltung aus dieser Industrie. Kein Wunder, wenn es sich bemüht, unter stärkeren Ansprüchen des öffentlichen oder besser städtischen Kredits, die ihm eben durch den gemischten Betrieb ermöglicht wird, jetzt große Kraftwerke herzustellen, die Elektrizitätswerke, die sich im Besitz der Aktiengesellschaft befinden, an der Stadt und Privatkapital ja beteiligt sind, so auszubauen, daß sie die Tätigkeit der staatlichen Kraftwerke wenn nicht unmöglich machen, so doch einschränken. Die Bürgerschaft der Städte hat natürlich gar kein Interesse, sich an dieser Konkurrenz zu beteiligen. Die Mittel für den Bau der großen Kraftwerke werden durch Steuern aufgebracht und es hieße sich ins eigene Fleisch schneiden, wollte man ihre Tätigkeit lahm legen. Die Politik des Privatkapitals ist gewiß weitausschauend, ob aber im allgemeinen Interesse, ist eine andere Frage. Es ist fast selbstverständlich, daß das Privatkapital sich durch die Sicherung der Lieferungen an die Aktiengesellschaft und die Stadt Vorteile zu verschaffen suchen wird. Und die Möglichkeit ist ihm gegeben, — einmal durch die engen Beziehungen, in die es zu der Kommune durch den gemischten Betrieb getreten ist, und dann durch die Ueberlassung der Geschäftsführung an diese. Dann wird die Aktienmehrheit der Stadt nichts ändern, ebensowenig die Stimmenzahl im Aufsichtsrat, denn in dessen Händen liegt eben die Geschäftsführung doch nicht. Die Bedenken gegen den gemischten Betrieb ergeben sich zum großen Teil aus dem Gesagten. Hier sollen sie mit Rücksicht auf die Einführung des gemischten Betriebes bei der Straßbahn noch besonders betont und ergänzt werden. Die „kaufmännische“ Geschäftsführung wird den Bau unrentabler aber sozial gerechtfertigter Ver-

kehrslinien verhindern; sie wird ferner eine Tarifpolitik treiben, die von dem Gesichtspunkt des höchsten Ertrages beherrscht ist. Damit aber kann sie sich in Widerspruch mit den allgemeinen Interessen der Bürgerschaft setzen. Die städtischen Betriebe zeigten bisher vielfach das Bestreben, den Wünschen ihrer Arbeiter und Angestellten entgegen zu kommen. Bei der kaufmännischen Betriebsführung besteht die Gefahr, daß in Zukunft versucht werden wird, die Bremse recht kräftig anzuziehen.

Wenn auch die Rechte der bisherigen Angestellten im Gesellschaftsvertrag gewahrt sind, so ist ihre Durchführung noch lange nicht sicher gestellt. Es wäre nicht das erste Mal, daß das Privatkapital durch Chikanen der verschiedensten Art einen Mann zur Kündigung veranlaßte, ohne sich die Blöße einer Rechtsverletzung zu geben. Unter solchen Umständen kann es nicht Wunder nehmen, wenn sich Angestellte und Arbeiter mit allen Kräften gegen die Einführung des gemischten Betriebes wenden. Gerade die Vertreter der christlichen Gewerkschaften haben seine antisoziale Tendenz — im Vergleich zu dem bisherigen Zustand — klar erkannt und Stellung dagegen genommen. Ihre Aufgabe wird es auch in Zukunft sein, gegenteiligen Kräften auf den Rathhäusern entgegen zu treten — sie erfüllen damit eine soziale Pflicht nicht nur der Gemeinschaft, sondern auch den Angestellten und Arbeitern gegenüber.

## Die Volksversicherung.

I.

### Wesen und Aufgaben.

In den letzten Monaten ist sehr viel über die Frage der Volksversicherung geredet und geschrieben worden. Auch in den Kreisen der christlich-nationalen Arbeiterschaft wird seit Monaten diesem Gegenstand lebhaftes Interesse entgegengebracht. Mit dem 1. Juli dieses Jahres tritt die Frage der Volksversicherung in Deutschland in ein neues Stadium. Während seither in der Hauptsache privatkapitalistische Lebensversicherungsgesellschaften die Volksversicherung betrieben, beginnen mit dem 1. Juli zwei neue Gesellschaften ihre Wirksamkeit, die auf gemeinnütziger Grundlage aufgebaut sind: die sozialdemokratische Volksfürsorge und die Volksversicherung-Aktiengesellschaft, die unter Mitwirkung der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen gebildet wurde. Es erscheint daher notwendig, einiges darüber zu sagen, was sich demnächst in der Frage der Volksversicherung abspielen wird.

### Was versteht man unter Volksversicherung?

Die Bezeichnung Volksversicherung findet Anwendung auf die kleinen Lebensversicherungen, sofern sie unter 1500 Versicherungssumme abgeschlossen sind. Diese kleinen Lebensversicherungen sind außerordentlich vielgestaltig. Man kennt 1) Versicherungen auf den Sterbefall (Sterbegeldversicherung), 2) Versicherungen auf den Todes- und Lebensfall (die sogen. gemischte Versicherung), bei welcher die Versicherungssumme beim Tode, spätestens aber beim Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer gezahlt werden muß, 3) Versicherungen mit festem Auszahlungstermin (Versorgungsversicherung). Diese Versicherungsart wird in der Regel angewandt für ganz bestimmte Zwecke, z. B. um die erforderlichen Mittel, unabhängig von dem Leben des Versorgers oder Vaters für einen bestimmten Zeitpunkt, so bei der Schulentlassung, für den Militärdienst, oder bei der Heirat der Kinder auf jeden Fall zur rechten Zeit bereit und sicher zu stellen. 4) Versicherungen für Kinder im Alter bis zu 14 Jahren; diese Versicherung soll den Eltern die rechtzeitige Bereitstellung der zur Ausbildung eines Sohnes oder zur Ausstattung einer Tochter erforderlichen Mittel ermöglichen, gleichzeitig sichern sie sich dadurch das versicherte Kapital für den Fall, daß das Kind vorzeitig stirbt. 5) Bei allen genannten Arten von Versicherungen sind

Um einen solchen tüchtigen Mann zu bekommen, konnte auch die Rheinische Bahngesellschaft einmal von der Regel abweichen.

### Eine eigenartige Lohnregelung in Hannover.

Bei der diesjährigen Statsberatung stellte sich der Herr Stadt-Direktor (Oberbürgermeister) Tramm auf den Standpunkt, daß er unter keinen Umständen mit der Vertretern der Organisation verhandeln wolle. Auch ließen seine Ausführungen den Schluß zu, daß im Laufe dieses Jahres wohl schwerlich eine Minderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreten würde.

Mittlerweile muß doch die Erkenntnis sich Bahn gebrochen haben, daß die bisherigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbesserungsbedürftig waren. Denn gelegentlich der Einweihung des neuen Rathauses ging durch die dortige Presse folgende Notiz:

„75 000 Mark für die städtischen Arbeiter. Aus Anlaß der Einweihung des neuen Rathauses haben die städtischen Kollegien beschlossen, eine Verbesserung der Bezüge der städtischen Arbeiter in der Weise vorzunehmen, daß jeder ständig im Dienste der Stadt beschäftigte Arbeiter vom 20. Juni an eine Lohnzulage von 20 Pfg. täglich erhält. Es entstehen dadurch für die Stadt Mehrkosten im Betrage von über 60 000 Mark. Daneben ist für Unterstützung der Arbeiter in bedürftigen Fällen dem Magistrat ein Betrag von 15 000 Mark zur Verfügung gestellt.“

Durch diese Art der Gewährung einer Lohnerhöhung wird der Anschein geweckt, als wenn der Arbeiter für seine Arbeit außer seinem bisherigen Lohn ein Geschenk haben sollte. Dieser Anschein wird noch verstärkt durch den Umstand, daß die betreffenden Arbeiter erst durch die Presse von einer anderweitigen Festsetzung ihrer Lohnverhältnisse erfuhren. Eine Stadtverwaltung sollte es doch vermeiden, nach Art einzelner Großindustrieller ihre Arbeiter zu behandeln. Was man den Arbeitern zu geben sich verpflichtet hält, sollte ihnen in einer Form gegeben werden, die den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Durch die hier gezeigte Art der Behandlung wird das Vertrauen zu den städtischen Körperschaften wahrlich nicht verstärkt und ein besseres Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und Arbeiterchaft nicht herbeigeführt.

### Das Stadtverordnetenkollegium in Posen

beschäftigte sich in seiner Sitzung am 26. Juni mit der Einführung von Arbeiterausschüssen für die städtischen Arbeiter. Der Magistrat steht dieser Institution ablehnend gegenüber. Bemerkenswert ist die Begründung des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Wilms hierzu: Er führte aus: „Ich würde es für viel richtiger halten, wenn die Arbeiter sich organisieren und selbst einen Ausschuß bilden, als wenn wir Arbeitgeber ihn einsetzen.“

Wenn die Stadtverwaltung sich weiter bereit erklärte, den städtischen Arbeitern zu gestatten, Leute in den Ausschuß zu wählen, die ihr Vertrauen besitzen, einschließlich der Organisationsvertreter, und mit diesen verhandelte, wäre der Vorschlag des Herrn Oberbürgermeister auch für die Arbeiter annehmbar. Die Stadtverordneten beschlossen die Einführung der Arbeiterausschüsse durch die Verwaltung.

### Die Wechselwirkung zwischen der Privatindustrie und den Gemeindebetrieben.

Für die städtischen Arbeiter in Königsberg ist in letzter Zeit eine Neuregelung der Lohnverhältnisse erfolgt, bei der die Löhne um 30, 40 und 50 Pfg. pro Tag erhöht wurden. In der Begründung hierzu sagt der Magistrat, daß er im Hinblick auf die Lohnsteigerungen, welche durch den Abschluß neuer Tarifverträge im Baugewerbe im Frühjahr dieses Jahres eingetreten seien, die Löhne der städtischen Arbeiter

erhöht habe. Aus dieser Veranlassung habe er auch die Gehälter der Beamten mit niedrigem Einkommen einer Nachprüfung unterzogen.

Also nicht nur haben die städtischen Arbeiter, sondern auch die Feuerwehrleute und unteren Beamten von den Erfolgen der gewerkschaftlichen Organisation profitiert.

Was hier einmal seitens der Stadtverwaltung offen ausgesprochen ist, ist fast in allen Städten in den letzten Jahren zu beobachten gewesen. Aus diesem Grunde sollten aber auch sämtliche städtische Arbeiter und Angestellte ihren Wirkungskreis nicht als eine Welt für sich betrachten. Nur im Anschluß an eine Zentralorganisation, die wiederum in Verbindung mit den anderen Organisationen der Privatarbeiter stehen, ist es möglich, ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu verbessern. Jede Abschließungspolitik kann nur von Uebel für sie sein.

### Pensionsfonds für städtische Angestellte und Arbeiter.

Die Zentralstelle des deutschen Städtetages veranstaltete eine Kundfrage bei den dem Städtetag angeschlossenen deutschen Städten, um Aufschluß über den Umfang zu erhalten, in dem Fonds für Ruhegehälter an städtische Angestellte und Arbeiter angelegt sind, die keinen Rechtsanspruch auf Pensionen haben. Nach dem Ergebnis der Umfrage haben 27 deutsche Städte besondere Fonds zur Deckung der Zahlungen von Ruhegehalt, Witwen- und Waisengeld an die ohne gesetzliche Pensionsansprüche Angestellten und Arbeiter errichtet. In Dessau und Frankfurt a. M. dient der Fonds lediglich der Reliktenversorgung. Die jährliche Dotierung der Fonds ist ziemlich verschieden. Neben den jährlichen Zuweisungen erfahren die Fonds auch eine dauernde Erhöhung durch die anfallenden Zinsen, die zu dem Kapital geschlagen werden. In der Regel werden die Beträge für die Invaliden- und Hinterbliebenen-Versorgung aus den Kosten der betreffenden Betriebe entnommen, in denen der betreffende Angestellte oder Arbeiter früher beschäftigt gewesen ist. Nur in 27 Städten sind besondere Kassen hierfür gebildet.

Den städtischen Angestellten und Arbeitern kann es ziemlich gleichgültig sein, in welcher Form die soziale Einrichtung gekleidet wird. Die Hauptsache ist, daß die Versorgung eine in etwa ausreichende ist und der Genuß der Einrichtung nicht vom guten Willen der Beamten abhängig gemacht werden kann.

### Aus den Ortsgruppen.

Köln. Eine Versammlung der städtischen Arbeiter, einberufen vom Zentralverband der Gemeinbedienten und Straßenbahner tagte am verflossenen Sonntag im Gerconsbrau. Gewerkschaftssekretär Dedenbach berichtete über die Beschlüsse der letzten Stadtverordnetenversammlung betr. Verkürzung der Arbeitszeit in den einzelnen städtischen Betrieben. Redner betonte, daß die beschlossene Arbeitszeitverkürzung wohl eine Verbesserung für die in Betracht kommenden Arbeiter bedeute, daß aber das erhoffte Ziel nicht erreicht worden sei. Die Organisation werde darauf hinzuwirken suchen, daß die Arbeiter sämtlicher Betriebe baldigst Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche fänden. Dem Vortrage folgte eine lebhafte Diskussion. Es wurde allseitig betont, daß man nicht — wie seitens des H. Oberbürgermeisters weiter verlangt worden sei — endlich Ruhe haben dürfe, daß man vielmehr dahin streben müsse, wenigstens die 9/10-stündige Arbeitszeit zu erreichen, falls eine 9-stündige Arbeitszeit absolut nicht zu erreichen wäre. Besonders wurde es bedauert, daß für Wärter der städtischen Bäder und Pförtner der Krankenanstalten noch keine Arbeitszeitverkürzung eintrete, da diese teils 13—14 Stunden täglich arbeiten müßten. Vom Oberbürgermeister sei erwähnt worden, daß für Verbesserung der Lage der Beamten und Arbeiter bereits 3 Millionen bewilligt wurden, hierbei habe der Oberbürgermeister jedoch unterlassen, zu bemerken, daß von der Summe die in Rede stehenden Arbeiter, die doch den größten Teil der Bedachten bildeten, nur 680 000 Mark entfielen. Ein Diskussionsredner hob hervor, daß die Summe, die als Kosten für Urlaubsbewilligungen angeführt worden wäre, viel zu hoch gegriffen sei, da in sehr vielen Betrieben während der Urlaubszeit keine weiteren Arbeiter eingestellt würden, die übrigen Arbeiter vielmehr

zu intensiverer Tätigkeit verpflichtet würden, wofür aber keine Vergütung bewilligt wird.

Die Angriffe des Stadtverordneten Berthel in der betr. Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums gegenüber den Arbeitern der städt. Straßenbahnen riefen allgemein großen Unwillen hervor. Dieselben seien schon deshalb vollständig unberechtigt, da in kaum einem andern Betrieb soviel Aufseher sind wie gerade in dem in Rede stehenden. Es wurde dankbar anerkannt, daß die Angriffe des betr. Stadtverordneten von anderen Stadtverordneten zurückgewiesen wurden. Den Herren, die noch richtiges Verständnis für die schwere Tätigkeit der hier öffentlich beleidigten Leute gezeigt hätten, verdienen hierfür lebhaften Dank. Der Vorsitzende der Versammlung richtete zum Schluß noch einen warmen Appell an die Arbeiter, der Organisation sämtlich beizutreten, da dadurch viel eher etwas zu erreichen wäre, damit ferner der Herr Oberbürgermeister nicht mehr ausführen könnte, daß doch nur von einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Arbeitern Wünsche vorgebracht würden.

Neuß. (Straßenbahner.) Am Freitag, den 4. Juli fand eine Versammlung des Personals der städtischen Straßenbahnen statt, die leider schlecht besucht war. Der Referent, Koll. Sidmann-Köln zeigte in seinem Referate die Entwicklung des Straßenbahnwesens. Wohl kein Gewerbe habe in dem Zeitraum eines Menschenalters solche Umwälzungen erfahren, wie die Straßenbahnen. Von den einfachen, vielfach primitiv zu nennenden Pferdebahnen seien heute Betriebe geworden mit einem nach Hunderten, ja bereits Tausenden zählenden Personal. Und an dieses würden Anforderungen gestellt, die denen in den großen Eisenbahnbetrieben nichts nachstünden. Auch die sozialen Verhältnisse der Angestellten wären heute ganz andere geworden. Das Bestreben der Verwaltungen, die alten Lohn- und Dienstverhältnisse bei den Pferdebahnen auch beim elektrischen Betrieb beizubehalten, sei verständlich, da gerade in Straßenbahnbetrieben das Lohnkonto einen wesentlichen Betrag der Ausgaben ausmache und die Rentabilität mehr wie in jedem andern Betriebe stark beeinflusse. Pflicht der Kollegen sei es, nicht tatenlos der Entwicklung zuzusehen, sondern, soweit die Lohn- und Dienstverhältnisse in Betracht kommen, mitbestimmend einzugreifen. Hierzu aber wäre die gewerkschaftliche Organisation notwendig. Eine fest gefügte Organisation sei auch im Stande, die Angestellten mit der Zeit zu echt solidarisch denkenden und handelnden Kollegen zu erziehen, wie sie auch in der Lage sei, Uebergriffe der Vorgesetzten zu verhindern. Wenn die Verwaltung der Stadt Neuß bis jetzt bestrebt gewesen wäre, nach Möglichkeit den berechtigten Forderungen der Kollegen entgegen zu kommen, wie die letzte vom Verband angeregte Lohnregelung zeigte, so beständen trotzdem bei dem jungen Unternehmen noch verschiedene Zustände, die mit der Zeit ebenfalls geändert werden müßten. Hierzu gehöre in erster Linie die Freigabe von mehr Ruhetagen.

Freiburg i. N. (Gemeindearbeiter.) Man ist in den weitesten Gewerkschaftskreisen längst zu der Einsicht gelangt, daß es wenig praktischen Wert hat — von Ausnahmen abgesehen — gegnerische Versammlungen zu besuchen und dieselben durch ausgiebige Diskussionen interessant zu machen. Wir lassen uns von diesen Gesichtspunkten in der Regel leiten, wenn die hiesige Wahlstelle des roten Gemeindearbeiterverbandes eine öffentliche Versammlung angesagt und das geschieht während eines Jahres hier und da. Nur die Genossen können es anscheinend nicht übers Herz bringen, unseren öffentlichen Versammlungen fern zu bleiben; obwohl von ihrer Seite immer und immer wieder gesagt wird, sie wollen es in Zukunft machen wie wir. Doch sie waren uns immer willkommen Gäste, wenn sie sich auch nicht immer so aufgeführt, wie es antwortenden Menschen geziemt. Hätte ihre Anwesenheit in unserer letzten öffentlichen Versammlung, die am 19. Juni stattfand, keine andern Momente zutage gefördert als das, daß unsere Mitglieder den Anstands- und Bildungsgrad gewisser Genossen kennen lernten, so wäre dieser Umstand allein schon eines gewissen Besuches wert gewesen. Allein die Diskussion bot des Interessanten so viel, daß an dieser Stelle nicht darüber hinweggegangen werden soll.

Es waren Gründe sehr wichtiger Natur, die uns nahelegten, an den Stadtrat der Stadt Freiburg eine Eingabe zu richten um Bewährung einer Familienzulage. Der Referent, Kartellvorsitzender Koll. Schmitz wies in seinem Referat auch überzeugend nach, daß solche Familienzulagen gerade für diejenigen, welche in größerem Umfange für die materiellen Bedürfnisse ihrer Angehörigen zu sorgen haben, für die verheirateten Familienväter von besonderem Vorteile seien. Nicht nur unsere eigenen Kollegen, auch die anwesenden Unorganisierten, ja selbst die Genossen vom roten Gemeindearbeiterverband waren von der Möglichkeit überzeugt. Und in der nachfolgenden, sehr interessanten Diskussion wurde es von allen, mit Ausnahme von zwei Genossen begrüßt, wenn für uns städtische Arbeiter eine Familienzulage eingeführt würde. Trotzdem sie dies anerkannten, konnten sie im gleichen Atemzuge unsere Eingabe in Grund und Boden verdammen; eine

Logik, wie man sie von Genossen uns gegenüber eigentlich gar nicht anders erwarten kann. Wie weit es bei den führenden Geistern des roten Gemeindearbeiterverbandes übrigens mit der Logik bestellt ist, mag folgende Tatsache beweisen. Der Vorsitzende der Gemeindearbeitergenossen konnte unsere Forderung nicht scharf genug bekämpfen und in seinem blinden Eifer rühmte er, daß wir als Beispiele die Städte Straßburg und Mülhausen i. E. angeführt hätten und in diesen beiden Städten sei es nur der Macht und dem Einfluß ihrer Organisation zu danken, daß dort die Familienzulagen eingeführt seien. Also, was ihre Organisation anderswo als gut und zweckmäßig anerkannt hat, das wird in Freiburg von den nämlichen Genossen als unbrauchbar bezeichnet. Genossenmoral in Reinkultur!

Welche Gründe für ihren ablehnenden Standpunkt maßgebend waren, das hat ein anderer Diskussionsredner in der Hitze verraten. Er meinte, es erzeuge Neid und Unzufriedenheit, wenn verheiratete Leute mit Kindern mehr Lohn erhielten als ledige, welche doch die gleiche Arbeit leisten müßten. Der kannte seine eigenen Leute sehr gut und hatte sie auch ganz richtig eingeschätzt, denn Neid und Mißgunst, verbunden mit der rücksichtslosesten Jagd nach den besten Futterplätzen, waren und sind in einem gewissen Lager stets heimisch. Deshalb ist die Befürchtung jenes Redners für seine Kreise sehr wohl am Platze.

Daß auch die Genossen herzlich froh sind, wenn sie eine Familienzulage erhalten, und daß ihr Widerstand nicht der Eingabe als solcher geolten, sondern unserer Organisation, das bewies die Art und Weise, mit der sie uns zu bekämpfen suchten. Von einem echten Genossen kann und darf nichts anderes erwartet werden, als daß er jede Tätigkeit, die von uns ausgeht, als falsch und gefährlich hinstellt. Und mit welcher schätzbaren Mitteln der Kampf gegen uns geführt wird, das zeigten die Ausführungen eines andern Redners, welcher meinte, unsere, die christliche Organisation, taue nichts, denn — im Jahre 1906 hätte der damalige Vorsitzende unserer Ortsgruppe mit „zagendem Herzen“ ein Eingabe an den Stadtrat unterschrieben! Erst auf das Zusprechen des Herrn Reinhard (derselbe ist Diözesansekretär der katholischen Arbeitervereine und war an der Führung der Lohnbewegung der städt. Arbeiter im Jahre 1906 hervorragend tätig) habe er unterschrieben. Mit solchen Dingen will man die Unfähigkeit einer Organisation beweisen. Wenn eine solche Logik angewendet würde auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften, dann könnte man ja einige Beispiele herausgreifen von ungetreuen Beamten und Schlüsse ziehen auf die Ehrlichkeit der Führer. Wir haben das nie getan und werden es nie tun. Diese Taktik überlassen wir neidlos den Leuten, von denen sie so gerne angewandt wird. Sollte aber der Genosse Reiningger, der diese Kampfweise jedenfalls liebt, damit einverstanden sein, daß wir mit gleicher Münze hinauszahlen, dann könnte ruhig gesagt werden, die Genossen sind Gegner der neunstündigen Arbeitszeit. Der Referent behandelte auch die Frage des Neunstundentages und es wurde der Versammlung eine Resolution unterbreitet, welche denselben forderte. Die Resolution wurde mit allen gegen eine „Genossenstimme“ angenommen. Der Vorsitzende konstatierte dies. Doch die führenden Geister verleugneten ihren eigenen Genossen und erklärten, sie kennen diesen Menschen nicht, das sei kein Genosse. Doch plötzlich erscholl es zur Bestätigung der Lüge aus dem Munde des Verleugneten selbst: jawohl! ist's einer! Also einer der ihren ein Gegner des Neunstundentages! Wir wollen aber, wie gesagt, die Schlüsse des Genossen Reiningger nicht ziehen. Daß jener Genosse gern verleugnet worden wäre, ist ja menschlich begreiflich, denn er führte sich auch in einer Weise auf, die unter anständigen Menschen nicht üblich ist.

Mit dem ganzen Verlauf der Versammlung können wir nur zufrieden sein. Unsere Kollegen haben dadurch wieder einmal Gelegenheit gehabt, den Freiburger roten Gemeindearbeiterverband von der wahren Seite seiner Arbeiterfreundlichkeit kennen zu lernen, auch die Unorganisierten, die zahlreich vertreten waren, werden wissen, wo ihre Interessen am besten gefördert werden. Im christlichen Gemeindearbeiterverband!

## Volkswirtschaftliches und Soziales.

### Der Verband westdeutscher Konsumvereine.

hat im Jahre 1912 eine recht günstige Entwicklung genommen. Dem Verbands gehörten am 1. Januar 1912 103 Vereine an. Im Laufe des Jahres traten 36 bei, macht insgesamt 149. Es schieden aus insgesamt 8 Vereine, 3 davon hatten die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Konsumentenorganisationen noch nicht erfasst. 5 Vereine haben sich mit größeren Nachbarvereinen verschmolzen. Langsam aber sicher bricht sich bei den Verbandsvereinen die

Erkenntnis Bahn, daß nur große leistungsfähige Vereine in der Lage sind, die genossenschaftlichen Aufgaben reiflos zu erfüllen. Wo hier und da aus lokalen oder persönlichen Rücksichten dem Zuge der Zeit noch nicht Folge gegeben wird, da wird über kurz oder lang die Macht der Verhältnisse dazu zwingen. Die Zahl der den Verbandsvereinen angeschlossenen Mitgliedern betrug am 1. Januar 1912 76 002 und am 31. Dezember 1912 97 606, also ein Mehr von 21 604, gleich 28,4 Prozent.

Der Umsatz im eigenen Geschäft betrug im Jahre 1911 23 329 966.— Mark, dagegen im Jahre 1912 32 183 758.03 Mark. Der Mehrumsatz beträgt 8 853 792.03 Mark oder 37,8 Prozent. Der Umsatz in Lieferantengeschäften stieg nur um 12,8 Prozent, eine Steigerung, die in den nächsten Jahren wohl noch mehr zurückgehen wird, da das Lieferantengeschäft von den Konsumvereinen nur als notwendiges Uebel betrachtet wird. Hoffentlich wird sich im Laufe der nächsten Zeit ein Weg finden, der den Vereinen ermöglicht, dasselbe ganz aufzugeben. Der Umsatz desselben betrug 1911 3 773 911.— Mk. und im Jahre 1912 4 256 077.35 Mk., also mehr 482 166.35 Mk.

Der Gesamtumsatz betrug demnach 1911 27 103 877.— Mk., dagegen 1912 36 439 835.38 Mk. Der Mehrumsatz erreicht also die respektable Höhe von 9 335 958.38 Mk., gleich 34,4 Prozent. Mit dieser Entwicklung darf der Verband zufrieden sein. In dem Umsatze ist wie im Vorjahre auch derjenige der Großeinkaufszentrale mit eingerechnet, weil diese ja auch als genossenschaftliches Unternehmen dem Verbände angehört.

Eigenproduktion betrieben 5 Vereine. 3 besitzen Bäckereien, 2 Metzgereien. 2 Verbandsgenossenschaften sind reine Produktivgenossenschaften. 1 Verein betreibt Druckerei und 1 Genossenschaft Zigarrenfabrikation. Die Höhe des Umsatzes der Eigenproduktionsbetriebe beträgt 1 892 842.72 Mk. Die Zahl der beschäftigten Personen betrug 1397, davon 1005 weibliche und 392 männliche. Der Uberschuß der Verbandsvereine erreichte die Höhe von 943 391 Mk. Hier von wurden 678 780 Mk. auf den Einkauf der Mitglieder zurückverglitet. Außerdem erhielten die Mitglieder den festgesetzten Rabatt in Höhe von 1 679 203.57 Mk. Die gesamte Rückergütung betrug demnach 2 357 984 Mk.

Das Organ „Der Konsumverein“ wurde am 1. Jan. 1913 in 33 271 Exemplaren bezogen, welche Zahl sich mittlerweile auf 42 336 erhöht hat. Die Konsumgenossenschaftliche Praxis, unser Hauptorgan, hat eine Auflage von 1460 am 31. Dezember 1912. Auch diese Zahl ist mittlerweile auf 1609 gestiegen.

Im Laufe des Berichtsjahres wurde die Großeinkaufszentrale westdeutscher Konsumvereine gegründet. Dieselbe nahm mit dem 1. Juli ihre Tätigkeit auf. Während der Monat Juli einen Umsatz von 309 826 Mk. verzeichnete, wurden im Dezember schon 679 836 Mk. erreicht. Der Gesamtumsatz in den 6 Monaten betrug 3 185 828 Mk., ein guter Anfang, der zu den besten Hoffnungen berechtigt.

### Die Wahlen der Versicherungsbeisitzer bei den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten bestimmt, daß die Amtsdauer der Versicherungsvertreter bei den bisherigen „Unteren Verwaltungsbehörden“ und den „Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung“ bereits mit dem 1. Januar 1914 (also nicht mit Ende 1914) ablaufen soll. Bezweckt wird damit die Gleichmäßigkeit der Wahlzeiten. Sodann hat der Reichskanzler bereits am 25. November 1911 bestimmt, daß die Amtsdauer der Vertreter der Arbeitgeber und die der Versicherten in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten, die ja bekanntlich von den Versicherungsbeisitzern bei den Versicherungsämtern zu wählen sind, am 31. Dez.

1913 ihr Ende findet. Bekanntlich wählen die Krankenkassenvorstände die Versicherungsvertreter bei den Versicherungsämtern. Um auch den der Krankenversicherungspflicht neu unterstellten Personen die Beteiligung an der Wahl zu sichern, sind die Wahlen zum Vorstande der Krankenkassen nach der Verhältniswahl, soweit es sich nicht um zugelassene besondere Ortskrankenkassen, Betriebs- und Innungskrankenkassen handelt, spätestens in der ersten Hälfte des November zu bewirken. Die Wahlen zu den Ausschüssen der Allgemeinen Ortskrankenkassen werden also wohl bereits im Monat Oktober ds. J. angeordnet werden. Die Wahlen der Versicherungsvertreter bei den Versicherungsämtern sollen, nach der Bestimmung des Ministers, spätestens in der zweiten Hälfte des November (für die Folge im Novembermonat, der dem Ablauf der vierjährigen Wahlperiode vorangeht,) vorgenommen werden. Die Wahlen der Beisitzer zu den Oberversicherungsämtern sollen im Monat Dezember d. J. stattfinden. Allen Krankenkassenvorstandsmitgliedern muß rechtzeitig eine Wahlordnung zur Wahl der Versicherungsamtsbeisitzer zur Verfügung gestellt werden, ebenso muß der Versicherungsbeisitzern eine Wahlordnung zu den Wahlen der Beisitzer am Oberversicherungsamt und für die Wahlen der Ausschußmitglieder der Invaliden-Versicherungsanstalt ausgehändigt werden. Die Wahlordnungen erlassen die Regierungs- bezw. Oberpräsidenten.

Der Wahltermin rückt also immer näher. Von der größten Bedeutung sind zunächst die, höchstwahrscheinlich bereits im Oktober stattfindenden Krankenkassenausschuß-Wahlen der Allgemeinen Ortskrankenkassen. Diese bilden das Fundament, worauf sich alles andere aufbaut. Darum ergeht erneut die Mahnung an die Kartelle und Wahlstellen, auf der ganzen Linie gut vorzubereiten.

## Aus der Arbeiterbewegung.

### Ueberreizte Phantasien.

Die Zeitschriften Wartburg (Leipzig) und Janus (München) unterstellen den Kollegen Giesberts, Zambusch und Stegerwald, sie hätten gelegentlich des außerordentlichen Kongresses der christlichen Gewerkschaften in Essen mit Bezug auf die päpstliche Enzyklika ein Doppelspiel getrieben, in aller Heimlichkeit den deutschen Bischöfen, insbesondere Herrn Generalvikar Dr. Kreuzwald in Köln Versprechungen gemacht, die mit den Essener Ausführungen in striktestem Gegensatz ständen usw. Diese Mitteilungen stammten, so heißt es, „direkt aus dem Staatssekretariat des Kardinals R. Merry del Val, und zwar vom Chef des publizistischen Bureaus, Monsignore Eugenio Pacelli“. Die sensationell aufgeputzten Behauptungen erschienen anfänglich den christlichen Gewerkschaften für eine Verächtigung zu albern. Nachdem aber jetzt die sozialdemokratische Presse diese Phantasien in größeren Leitartikeln und Ueberschriften „Mit durchgeschnittenen Sehnen an der Kette Roms“ — „Die verkauften christlichen Gewerkschaften“ als bare Münze verbreitet, wird sowohl der Wartburg wie dem Janus und einer Anzahl sozialdemokratischer Zeitungen Gelegenheit gegeben werden, ihre Behauptungen vor Gericht zu beweisen.

Gegen die Blätter, von denen feststeht, daß sie in Köln verbreitet sind, ist bereits Klage eingereicht; gegen andere wird die Klage an den zuständigen Gerichten demnächst angestrengt werden. Die christlichen Gewerkschaften lehnen es ab, gegen solch tolles Zeug in längeren Ausführungen zu antworten. Ihre Gegner bekommen jetzt Gelegenheit, einmal das, was sie seit Jahren gegen die christlichen Gewerkschaften behaupten, durch Zeugen zu beweisen.

### Der Verband christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands

veröffentlicht soeben seinen Jahresbericht 1912. Der Verband hatte im Berichtsjahre eine Einnahme von Mk. 100 258.91 gegen Mk. 81 960.23 und eine Ausgabe von Mk. 107 746.— gegen Mk.

81 966,23 im Vorjahre. Für die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitglieder wendete der Verband Mk. 43 362 gegen Mk. 19 988 im Vorjahre auf. Gestiegen sind auch die Leistungen für Reiseunterstützungen, Kranken- und Sterbegeld von Mk. 7992.— auf Mk. 9128. Das Vermögen des Verbandes beträgt am Jahresschluß Mk. 39 838. Zwei große Kämpfe hatte der Verband zu bestehen, den Streik in der Aschaffenburg Konfektionsindustrie und die Generalausperrung im Maßschneidergewerbe. Beide Kämpfe endeten für den Verband mit gutem Erfolg. 33 Tarifverträge wurden neu abgeschlossen. Am Schluß des Jahres war der Verband an 113 Tarifverträgen, die von 5355 Firmen anerkannt sind, beteiligt. 4264 Mitglieder des Verbandes sind unter tariflichen Verhältnissen beschäftigt. An Lohnerhöhungen wurden für 1973 Verbandsmitglieder, die im Berichtsjahre an den Lohnbewegungen beteiligt waren, Mk. 243 418 oder im Durchschnitt für ein Mitglied Mk. 113.— erzielt. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg um 330 und betrug am Jahresschluß 4818; sie ist inzwischen auf über 5000 gestiegen.

### Zum Zusammenbruch des Grefelder Färberstreiks.

Wie von vornherein nicht anders zu erwarten war, ist es gekommen; der vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband mutwilligerweise durchgehaltene Streik hat für diesen mit einer furchtbaren Niederlage geendet. Nach 17wöchiger Dauer wurde am 21. Juni der endgültige Abbruch des Kampfes und damit die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Die Arbeit muß also zu denselben Bedingungen wieder aufgenommen werden, die die Arbeitgeber bereits vor 16 Wochen nach dreitägiger Dauer des Kampfes eingeräumt hatten. Der den Arbeitern durch den sinn- und nutzlosen Streik entstandene Schaden ist enorm. Allein die direkten Geldverluste betragen nach einer Berechnung der „Textilarbeiter-Zeitung“ über 2 200 000 Mark, davon 776 000 Mark für Streik- und Ausgesperrtenunterstützung, die nun völlig nutzlos ausgegeben sind. Hinzu kommt noch, daß mehrere hundert Färber noch wochen- und monatelang arbeitslos bleiben werden, weil nicht gleich alle wieder eingestellt werden können. Ein großer Teil der Streikenden wird überhaupt nicht mehr in die Betriebe hineinkommen, weil infolge technischer Betriebsänderungen mehrere Färbereien an Arbeitskräften wesentlich sparen können. Vieles, was früher handwerksmäßig betrieben wurde, wird jetzt maschinell gemacht. So haben die befürchteten Färber ihr eigenes Handwerk ruiniert. Der Grefelder Industrie ist unberechenbarer Schaden zugefügt worden. Das sind die Folgen der Taktik des sozialdemokratischen Verbandes.

Das Organ des christlichen Textilarbeiterverbandes, die „Textilarbeiter-Zeitung“, schreibt zu diesem Ausgang:

„Noch selten sind Arbeiter derart hintergangen und in die Irre geführt worden, wie in diesem Falle. Dumpfe Verzweiflung, Wut und Empörung faßte die Färber, als ihnen von ihren Vorführern der Abbruch des Kampfes empfohlen wurde. Während der ganzen Dauer des Kampfes wurden sie über den wahren Stand der Dinge hinweggeäußelt. Noch in derselben Woche, in der der Kampf abgebrochen werden mußte, schrieb das Organ des sozialdemokratischen Verbandes, der Sieg würde auf Seiten der Färbereiarbeiter sein, die Sache stände günstig, die Unternehmer seien „im Druck“, die Sympathiebewegungen der Färber in Basel, Como, Lyon und Warmen würden die Färbereibesitzer zum Nachgeben zwingen. Während das die Färbereiarbeiter in ihrem Verbandsorgan lesen konnten, stellten sich die Führer in der Versammlung hin und mußten bekennen, daß keinerlei Aussicht mehr für eine erfolgreiche Beendigung des Kampfes vorhanden sei.“

Das ist ein Schulbeispiel dafür, mit welcher Unehrlichkeit und Gewissenlosigkeit in manchen sozialdemokratischen Berufsverbänden Bewegungen gemacht werden.

Dieses Ende des Kampfes bedeutet eine glänzende Rechtfertigung der Taktik des christlichen Textilarbeiterverbandes. Nach dreitägiger Dauer des Kampfes hatten die Färbereiarbeiter ein annehmbares Angebot der Arbeitgeber, das einen Abschluß der Bewegung in Ehren ermöglichte. Der christliche Textilarbeiterverband empfahl den Abbruch, weil durch die Fortführung des Kampfes ein weiterer Erfolg nicht mehr zu erzielen sei. Der sozialdemokratische Verband aber hielt den Streik aus, aus Furcht vor dem Radikalismus seiner Mitglieder und um den christlichen Textilarbeiterverband schädlich zu setzen. Und nun dieses Ende. Hier bewahrheitet sich das Sprichwort: Wer andern eine Grube gräbt fällt selbst hinein.“

Uebrigens hat die sozialdemokratische Presse durch ihr Verhalten während des Kampfes dessen Verfehltheit selbst zugegeben. Während sie sich sonst keine Gelegenheit entgehen läßt, die sich nur irgendwie zur Sache gegen die christlichen Gewerkschaften bewerten

läßt, ist es diesmal im roten Wälderwald merkwürdig still geblieben. Außer einigen recht zahm gehaltenen kurzen Notizen, die zudem ihre Herkunft aus dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband deutlich verriet, hat sie nichts weiter von dem Kampf berichtet. Und auch jetzt nach dem Kampfabbruch beobachtet sie dieselbe große Zurückhaltung, die man sonst so gar nicht von ihr gewohnt ist. Sie läßt sich nur daraus erklären, daß die rote Presse die Unhaltbarkeit der Position des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes von Anfang klar erkannt hat.

### Genossen gegen Genossen.

Recht nette Zustände müssen in dem Kölner Bezirk des roten Transportarbeiterverbandes geherrscht haben. Dem ehemaligen Beamten Kiel war zum Vorwurf gemacht, sich an den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie gewandt zu haben. Die weiteren Beschuldigungen gegen Kiel lauten: Unpünktlichkeit, Nichtausführung von Beschlüssen, Vernachlässigung der Verbandsgeschäfte gegenseitige Verhehlung der Ortsverwaltungsmitglieder, Herabsetzung seiner Nebenkollegen in den unschönsten Manier, Beschimpfung der einzelnen Verbandsgruppen, er habe sich von den Mitgliedern treiben lassen müssen, die gesamte aus fünfzehn Mitgliedern bestehende Ortsverwaltung sei mit Kiel unzufrieden gewesen; er wisse nicht immer, was er in vorgeschrittener Stunde an der Bierkeise erzähle; er habe einem Kollegen ein Bewerbungsverfahren angefertigt, von dem er überzeugt war, daß er für den verantwortungsvollen Posten sich nicht eigne; daß sei unverantwortlich gehandelt usw. Kiel wurde entlassen und gegen ihn ein Flugblatt herausgegeben. Diefershalb hatte Kiel geklagt. In der Verhandlung wurde der Vorsitzende der Ortsverwaltung Köln des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Gilden, und der Druckereibesitzer Rohr vom Kölner Schöffengericht zu 75 bzw. 10 Mk. Strafe verurteilt. In der gleichen Verhandlung wurde der verantwortliche Redakteur der „Rheinischen Zeitung“, R. Kempfens, zu 10 Mk. Strafe wegen des gleichen Vergehens verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte Kiel Berufung eingelegt. Die Strafammer ließ aber das Urteil des Schöffengerichts bestehen.

Jetzt ist es auch zu verstehen, warum der rote Transportarbeiterverband seinerzeit die Subskription eines Renegaten Wolf besonders im Kölner Bezirk gegen uns auszubeuten versuchte. Doch wohl nur, um die unhaltbaren Zustände in den eigenen Reihen zu verdecken.

### Literarisches.

Welcher Berufsorganisation sollen sich die evangelischen Arbeiter und Arbeiterinnen anschließen? Vor kurzem hat Kollege Baltrusch-Köln eine 32-seitige Broschüre mit dem obigen Titel geschrieben. Die Broschüre eignet sich zur Agitation für die christlichen Gewerkschaften unter evangelischen Kollegen. Sie begründet die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation auch für die gläubigen und national gesinnten evangelischen Arbeiter, kennzeichnet unter Anführung von Beweismaterial die freien, Hirsch-Dunderschen und gelben Gewerkschaften und begründet die Richtigkeit der christlichen Gewerkschaftsidee unter Zitierung hervorragender Stimmen aus dem evangelischen Arbeiter- und Jugendvereinslager, sowie der Stimmen von weit hin bekannten evangelischen Männern, die sich für die christlichen Gewerkschaften aussprechen. Die Broschüre wird um 5 Pf. pro Stück abgegeben, bei Mehrbezug noch billiger. Sie eignet sich zur Verteilung in Konferenzen, sowie an Freunde unserer Sache, wie auch an intelligente Unorganisierte. Erhältlich ist dieselbe im christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln Venloerwall 9.

### Versammlungskalender.

- Nürnberg. Sonntag, den 20. Juli, 3 Uhr nachmittags bei Geiß. Referent: Koll. Weigler-München.
- Landshut. (Flußbauarbeiter.) Sonntag, den 20. Juli vormittags 10 Uhr im Verbandslokale. Tagesordnung: Die Vertreterwahlen zur Betriebskrankenkasse.
- Würzburg. (Gemeinbearbeiter.) Sonntag, den 20. Juli, nachmittags 1/2 3 Uhr im „Augustiner“.
- Bochum. Sonntag, den 20. Juli, nachmittags 4 Uhr bei König, Louisestraße.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Sidmann; Verlag: Peter Debenbach, beide in Köln, Venloerwall 9. Druck: Köln-Chronfelder Handelsdruckerei, Alarstr. 9.